



Sächsisches Staatsministerium
für Soziales
Frau Staatsministerin Helma Orosz
Albertstraße 10
01097 Dresden

Dresden, den 07.09.06

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Orosz,

mit Verwunderung haben wir in der Sächsischen Zeitung vom 25. August 2006 von der beabsichtigten Kürzung der Jugendhilfemittel um 3,3 Millionen € gelesen. Wir protestieren entschieden gegen jede Kürzung, sei es bei der Jugendpauschale oder der überörtlichen Jugendarbeit. Welches Ziel soll denn mit der geplanten Kürzung erreicht werden?

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, dies kann von uns so nicht hingenommen werden:

1. In die Jugendpauschale (Berechnungsgrundlage Jugendlicher pro Landkreis/kreisfreie Stadt) ist auf Grund der demografischen Entwicklung ein Kürzungsautomatismus bereits eingebaut. Nun soll dazu noch zusätzlich gekürzt werden. In der Praxis verringert sich der Anteil der Jugendlichen, mit denen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zu tun hat, aber eben nicht im Verhältnis 1 : 1 zur Gesamtzahl der Jugendlichen. Die Anzahl sozial benachteiligter Jugendlicher hat eher zugenommen oder ist mindestens konstant geblieben. Zusätzlich ist außerdem die Familienbildung in den Förderkatalog der Jugendpauschale aufgenommen worden.

2. Der Verweis des Staatssekretärs auf höhere Zuweisungen für Kindertagesstätten verbessert die Situation nicht. Die heutigen Jugendlichen sind als Kinder nicht in diesen Genuss gekommen und werden dafür heute durch die Kürzung in ihren Bildungschancen weiter beschnitten. Auch die Zusicherung von investiven Mitteln nützt nichts, wenn sie den laufenden Kosten gegengerechnet wird.

3. In § 11 (1) SGB VIII heißt es: „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen.“ Dies ist auch unter den bisherigen Förderbedingungen zumindest in den Landkreisen nur noch punktuell möglich. Es ist nicht davon auszugehen, dass eine wegfallende Förderung des Landes in der Jugendhilfe aus kommunalen Mitteln ersetzt werden wird.

4. Das verfolgte Ziel des Freistaates, die Vergrößerung der Landkreise, fordert ein stärkeres Zusammenspiel von überörtlicher und örtlicher Jugendarbeit. Die geplante Kürzung führt eher zur Existenzgefährdung auf beiden Ebenen der Jugendarbeit.

5. Während Ihre Kürzungen in verschiedenen Regionen bestehende Strukturen der Jugendarbeit gefährden werden, wächst die Gefahr, dass rechtsextreme Organisationen verstärkt eigene Strukturen für ihre Jugendarbeit etablieren und so Jugendliche mangels demokratischer Alternativen deren Ideologie als Lebensorientierung verinnerlichen.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, es erscheint uns, dass das Ministerium der Jugendarbeit - und hier ist jede Form von Jugendarbeit gemeint - nicht den Stellenwert zuzmisst, den sie für die Aufrechterhaltung des sozialen Zusammenlebens und der Zukunftsfähigkeit unseres Landes tatsächlich hat.

Wir fordern Sie daher auf, Ihre Absicht zu überdenken und die Kürzungen zurückzunehmen.

Einer Diskussion mit Ihnen über die Weiterentwicklung der Jugendhilfe in Sachsen (inhaltlich, finanziell als auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung) stellen wir uns gern.

gezeichnet

Frank Thorausch
LAK Mobile Jugendarbeit
Sachsen e.V.

Tel: 0351-6565722
mail: freital@projugendev.de
www.mja-sachsen.de

Elfried Börner
LAG Sozialdiakonische Offene
Jugendarbeit

Tel: 0375-2000526
mail: streetwork
sdja@stadtmission-zwickau.de

Verteiler: Landesjugendhilfeausschuss,
Jugendpolitische Sprecher der CDU,
SPD, PDS, FDP, Grüne